

210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223
224
225
226
227
228
229
230
231
232
233
234
235
236
237
238
239
240
241
242
243
244
245
246
247
248
249
250
251
252
253
254
255
256
257
258
259
260
261
262
263
264

II. Bildung

Jeder Mensch verfügt über Potenziale und Fähigkeiten, die erkannt, gefördert und entwickelt werden müssen – von Anfang an und ein Leben lang. Deshalb stellen wir in allen Lernphasen das einzelne Kind, den einzelnen Jugendlichen, den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik. Nordrhein-Westfalen braucht alle Talente. Nur so kann das Land gesellschaftlich und wirtschaftlich stärker werden. Unter den Bedingungen der Wissensgesellschaft stellt sich auch die Frage von Teilhabe und Chancengleichheit neu. Wir wollen optimale Bildungsmöglichkeiten schaffen, um den Menschen gleiche Chancen zu ermöglichen. Deshalb setzen wir auf ein inklusives Bildungssystem, auf lebensbegleitendes Lernen, auf mehr Qualität in den Kitas und auf leistungsstarke Schulen und Hochschulen.

Wir wollen dauerhaft mehr Geld in Bildung investieren und bekennen uns zu dem Ziel, bis 2015 gesamtstaatlich 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildungs- und Forschungsausgaben aufzuwenden. In diesem Zusammenhang ist auch der Bund gefordert, die Länder und Kommunen zu unterstützen.

Wir werden daher als Landesregierung im Bundesrat Initiativen ergreifen, um zum Einen das Kooperationsverbot von Bund und Ländern im Bildungsbereich aufzuheben und zum Anderen einen "Bildungssoli" einzuführen, aus dem zusätzliche Mittel für den Bildungsbereich zur Verfügung gestellt werden.

Ein Land wie Nordrhein-Westfalen braucht ein Landesinstitut für Bildung. Dabei nehmen wir die gesamte Bildungskette in den Blick. Das Institut soll die Entwicklung im Bereich der frühkindlichen Bildung, sowie Fort- und Weiterbildung in den pädagogischen Feldern begleiten. Dadurch soll die Professionalität der pädagogischen Berufe - insbesondere der Leitungen - gesteigert, die Qualität der Kindertageseinrichtungen, Schulen und Weiterbildungseinrichtungen gesichert und verbessert werden. Eine Kernaufgabe des Instituts bleibt die systematische Qualitätsentwicklung und Unterstützung der Schulen, u.a. im Zusammenhang der Lernplanentwicklung und Standardisierung.

Frühkindliche Bildung - Förderung von Anfang an

Kinder sind die Zukunft unseres Landes. Wir wollen mehr Bildungsgerechtigkeit und mehr Bildungschancen für alle Kinder erreichen. Denn jedes Kind hat das Recht auf eine individuelle und ganzheitliche Bildungsförderung. Wir werden die Kindertageseinrichtung als zentrale Institution der Frühen Bildung stärken. Hierzu sind Rahmenbedingungen erforderlich, die das so genannte Kinderbildungsgesetz (Kibiz) nicht bietet.

Wir wollen in die frühe Bildung investieren, um eine gute Bildungsförderung für alle Kinder von Anfang an zu ermöglichen. Pädagogische Fachkräfte sind zentrale Beziehungspersonen, die Kinder intensiv fördern und Eltern in diesen Förderprozess einbeziehen müssen. Die Personalausstattung der Kitas und die Qualifizierung des pädagogischen Fachpersonals müssen den wachsenden Anforderungen gerecht werden. Deshalb wollen wir eine bessere Personalausstattung und uns stärker bei der Aus- und Weiterbildung des Kita-Personals engagieren. Wir werden Maßnahmen ergreifen, um mehr junge Männer für die Arbeit in der frühkindlichen Bildung zu gewinnen.

Nur ein guter Personalmix wird den heutigen Anforderungen an frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung gerecht. Dazu gehört auch der verstärkte Einsatz von Fachkräften mit Hochschulabschluss. Für die Kindertagespflege sind flächendeckende Maßnahmen zur Qualitätssicherung notwendig.

Um die auskömmliche Finanzierung für die kommunalen sowie freie gemeinnützige Einrichtungen und Träger sicherzustellen, werden wir das Finanzierungssystem überprüfen und anpassen.

265
266 **Mehr Chancen für alle Kinder**
267
268 Wir müssen allen Kindern die Chance geben, ihre Talente und Potenziale zu entfalten. Unsere
269 Gesellschaft, aber auch der Wirtschaftsstandort NRW, sind auf Ideen und Kreativität angewie-
270 sen. Deshalb müssen wir mehr junge Menschen zu besseren Abschlüssen bringen. Damit dies
271 gelingt, muss die Förderung früh beginnen. Wir dürfen kein Kind mehr zurücklassen. Daher ist
272 für uns klar: Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Wir werden schrittweise
273 die Elternbeitragsfreiheit in den Kindertageseinrichtungen einführen.
274
275 Wir stehen zum Ausbau der Kita-Plätze für unter dreijährige Kinder und zum Rechtsanspruch ab
276 2013. Bei dessen Umsetzung werden wir die Kommunen unterstützen, indem wir die vorgese-
277 henen Bundesmittel aus dem Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau und dem Kinderförde-
278 rungsgesetz (Kifög) vollständig weiterleiten. Wir erwarten darüber hinaus, dass sich der Bund an
279 den tatsächlich anfallenden Kosten beteiligt.
280
281 Wir lehnen jede Art von Betreuungsgeld entschieden ab. Wir sehen hierin den Versuch, überhol-
282 te Rollenbilder zu zementieren und Kinder vom Bildungsangebot des Kindergartens abzuhalten.
283 Insbesondere im Bundesrat werden wir alle Möglichkeiten nutzen, um ein Betreuungsgeld zu
284 verhindern.
285
286 Wir werden bei öffentlichen und privaten Arbeitgebern darauf hinwirken, sich im Sinne der Fami-
287 lienfreundlichkeit an der Schaffung von Kita-Plätzen stärker zu beteiligen. Die Verbesserung der
288 Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist uns grundsätzlich ein zentrales Anliegen.
289
290 Der Auftrag der UN-Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderungen gilt in vollem
291 Umfang auch in der frühkindlichen Bildung. Daher setzen wir uns auch hier für die Umsetzung
292 des Inklusionsgedankens ein und werden entsprechende Maßnahmen ergreifen.
293
294 Ohne das Beherrschen der deutschen Sprache können Bildungsbiographien nicht erfolgreich
295 sein. Daher werden wir die Sprachförderung gemeinsam mit den Trägern weiterentwickeln und
296 auf verlässliche konzeptionelle Grundlagen stellen. Hierzu gehört auch die Überprüfung der er-
297 forderlichen Kosten und Verfahren. Die Mehrsprachigkeit von Kindern ist - bei vorrangiger För-
298 derung der Deutschkenntnisse - als Kompetenz anzuerkennen und zu fördern.
299
300 **Grundrevision des Kibiz**
301
302 Wer eine gute individuelle Förderung der Kinder will, braucht eine verlässliche gesetzliche
303 Grundlage. Im Dialog mit allen Betroffenen werden wir unverzüglich eine Grundrevision des Ki-
304 biz vornehmen. Die Evaluierung soll im September 2010 beginnen und bis zum Januar 2011
305 abgeschlossen sein. Ziel ist es, den Elementarbereich so auszugestalten, dass ein Höchstmaß
306 an Förderung erreicht wird. Die erforderlichen gesetzlichen Änderungen sollen bereits
307 2011/2012 wirksam werden.
308
309 Wer Kinder gut und früh fördern will, muss auch die Eltern in ihrer Verantwortung unterstützen
310 und stärken. Daher halten wir an der Vernetzung von Kindertagesbetreuung, Familienberatung
311 und Familienbildung grundsätzlich fest. Wir werden das Konzept Familienzentren bezüglich ihrer
312 Zahl, Aufgabenstellung und Finanzierung überprüfen. Dabei sehen wir die Notwendigkeit, gera-
313 de in sozialen Brennpunkten Familienzentren auszubauen und besser auszustatten.
314
315 Wir werden Eltern- und Beschäftigtenvertretungen sowie die Landesvertretung der Kindertages-
316 pflege stärker in die Entwicklung landesweiter Regelungen zur Bildung, Erziehung und Betreu-
317 ung von Kindern einbinden und die Erfahrungen der Praxis berücksichtigen.

318
319
320
321
322
323
324
325
326
327
328
329
330
331
332
333
334
335
336
337
338
339
340
341
342
343
344
345
346
347
348
349
350
351
352
353
354
355
356
357
358
359
360
361
362
363
364
365
366
367
368
369
370
371
372

Schule der Zukunft: Schule als Lern- und Lebensort

Das nordrhein-westfälische Schulsystem ist den Anforderungen der Zukunft nicht gewachsen. In allen Vergleichsstudien wird deutlich, dass bei uns der Bildungserfolg viel zu sehr vom sozialen Stand der Eltern abhängt und insbesondere Kindern mit Zuwanderungsgeschichte Chancen vorenthalten werden. Gleichzeitig sind die Leistungsdaten der Schülerinnen und Schüler im Ländervergleich nur Mittelmaß. Wir wollen ein sozial gerechtes und leistungsförderndes Schulsystem schaffen, das alle Talente nutzt, Verschiedenheit schätzt und kein Kind zurücklässt.

Bildung ist mehr als die Vermittlung von Wissen. Bildung und Wissen sind elementare Bausteine für die Persönlichkeitsentwicklung und ein selbstbestimmtes Leben - jenseits ökonomischer Verwertbarkeit. Deshalb muss Bildung ganzheitlich angelegt sein. Zur Entwicklung der Persönlichkeit gehört soziales und emotionales Lernen, kritisches und kreatives Denken sowie die Vermittlung geschlechtersensibler und interkultureller Kompetenzen. In die Schule gehört das Entdecken und Forschen, das Erleben von Natur, die körperliche Betätigung in vielfältigen Sportangeboten ebenso wie die Förderung der eigenen Gesundheit, der Medienkompetenz und Förderung der Sprachkompetenz sowie der kulturellen Fähigkeiten durch Kunst, Literatur, Musik und Theater.

Bildung heißt Fähigkeiten und Kompetenzen vermitteln – durch Familie, Freundeskreis, Schule, Kirchen, Vereine und die Institutionen der Kinder- und Jugendarbeit. Sie alle tragen dazu bei, dass unsere Kinder und Jugendlichen zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigt werden. Deshalb verstehen wir die Schule der Zukunft nicht nur als vielseitigen Lern-, sondern auch als anregungsreichen Lebensort, den eine Kultur der Wertschätzung und Ermutigung prägt. Hier begegnen sich alle am Bildungsprozess beteiligten Akteure auf Augenhöhe und arbeiten eng zusammen.

Die Diskussion darüber, wie das Schulsystem ausgestaltet werden soll, ist in Nordrhein-Westfalen sehr kontrovers und polarisiert geführt worden. Wir wollen versuchen, mit allen Fraktionen und allen beteiligten Akteurinnen und Akteuren einen Konsens in der Schulpolitik zu erzielen.

Wir handeln: Schulpolitisches Sofortprogramm

In einem ersten Schritt werden wir mit einem schulpolitischen Sofortprogramm falsche Weichenstellungen der vergangenen Jahre korrigieren.

Wir werden

- die Kopfnoten abschaffen. Kopfnoten beschämen Kinder. Verhalten und Charakter einer Schülerin oder eines Schülers lassen sich nicht mit Noten erfassen. Wir brauchen stattdessen eine andere Form, um das Arbeits- und Sozialverhalten rückzumelden. Darüber hinaus wollen wir eine wertschätzende und anerkennende Feedback-Kultur im Dialog mit den Beteiligten entwickeln;
- die Mitwirkung aller am Bildungsprozess Beteiligten ausbauen, indem wir die Drittelparität in den Schulen einführen. Dadurch können Eltern, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler gleichberechtigt zusammenarbeiten;
- die im bestehenden Schulgesetz verankerte Möglichkeit, besondere Schulmodelle zu genehmigen, nutzen, um Gemeinschaftsschulkonzepte und innovative schulische Vorhaben, die das längere gemeinsame Lernen zum Ziel haben, ohne Verzögerung auf den Weg zu bringen;
- den Kommunen die Wiedereinführung der Grundschulbezirke ermöglichen;

- 373
374 • die Rechte der Eltern stärken, indem wir eine demokratisch von den Kommunen bis zur
375 Landesebene aufgebaute Landeselternvertretung schaffen. Sie kann und soll demokra-
376 tisch legitimiert die Interessen der Eltern in die Gestaltung der Schulpolitik des Landes ein-
377 bringen;
378
379 • das Einschulungsalter nicht weiter generell für alle Kinder absenken. Wir wollen es statt-
380 dessen am individuellen Entwicklungsstand des einzelnen Kindes ausrichten;
381
382 • dafür sorgen, dass der Elternwille wieder Vorrang hat. Deshalb werden wir die Verbindlich-
383 keit der Grundschulgutachten aufheben und den Prognoseunterricht abschaffen. Zukünftig
384 sollen die Eltern beraten werden und dann selber entscheiden, welche Schule ihr Kind be-
385 suchen soll.
386

Wir schaffen Inklusion

387
388 Die UN-Konvention räumt Kindern mit Behinderungen das Recht auf inklusive Bildung ein. Die-
389 sem Recht wollen wir landesgesetzlich Rechnung tragen. In einem ersten Schritt wollen wir ei-
390 nen Inklusionsplan entwickeln, der den Eltern das Wahlrecht über den Förderort ihres Kindes
391 ermöglicht und weitere Schritte und Maßnahmen beschreibt, die in den nächsten Jahren not-
392 wendig sind, um ein inklusives Bildungssystem zu schaffen. Dazu gehört auch, dass Schul-,
393 Jugendhilfe- und Sozialplanung vor Ort gemeinsam mit dem Blick auf das Inklusionsziel zu-
394 sammenarbeiten. Die Landschaftsverbände können und sollen ihre vielfältigen Erfahrungen und
395 Kompetenzen in diese Prozesse einbringen.
396

Wir fördern den Ganzttag

397
398 Die Schule der Zukunft bietet Zeit und Raum, um jedes einzelne Kind individuell zu fördern.
399 Ganzttagsschulen sind hierbei nicht nur eine unerlässliche Voraussetzung, um Familie und Beruf
400 zu vereinbaren, sondern für eine neue Kultur des Lernens besonders geeignet. Sie bieten mehr
401 Zeit und Raum, um Kinder und Jugendliche individuell zu fördern, den Unterricht neu zu rhyth-
402 misieren und Raum für Bewegung zu schaffen.
403
404

405
406 Wir wollen den Ganzttag ausbauen und dafür flexible Modelle ermöglichen. Ein gelingender
407 Ganzttag stellt hohe Qualitätsanforderungen. Dass die Landesförderung für die Offene Ganz-
408 tagsgrundschule stagniert, gefährdet zunehmend die Qualität des Ganztags vor Ort. Deshalb
409 wollen wir die Pauschale erhöhen und damit Qualität sichern.
410

411 Die Einbindung von freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, des Sports und der Kultur bei
412 der Gestaltung des Ganztags ist bedeutsam und soll partnerschaftlich weiterentwickelt werden.
413

Wir verbessern die Qualität des Unterrichts

414
415 Die Qualität des Unterrichts steht im Zentrum unserer Bemühungen. Die durch rückläufige Schü-
416 llerzahlen frei werdenden Finanzmittel wollen wir im System belassen. Wir wollen sie nutzen für
417 die Qualitätsentwicklung, für pädagogische Innovationen und zur Verbesserung der Unterrichts-
418 situation, um etwa kleinere Lerngruppen zu ermöglichen. Dabei werden wir auch die sozialräum-
419 lichen Gegebenheiten beachten und regionale Bündelungen ermöglichen. Die derzeitige Vertei-
420 lung von Zuschlägen nach dem Sozialindex wollen wir auf Wirksamkeit und Effizienz hin wis-
421 senschaftlich auswerten und optimieren.
422
423

Wir ermöglichen längeres gemeinsames Lernen

424
425 Längeres gemeinsames Lernen macht unser Bildungssystem gerechter und leistungsstärker. Es
426 ist ein Baustein auf dem Weg zu einem inklusiven Schulsystem. Die Aufgabe des gemeinsamen
427 Lernens stellt sich allen Schulen. Jede Schule muss alle einmal aufgenommenen Schülerinnen
428

429 und Schüler zu einem Abschluss führen. Ein Wechsel der Schulform ist nur noch auf Antrag der
430 Eltern möglich.
431
432 Die Grundschulen und die integrierten Gesamtschulen in NRW praktizieren seit Jahrzehnten
433 erfolgreich gemeinsames Lernen. Wir werden die zahlreichen Initiativen zur Gründung von Ge-
434 samtschulen unterstützen und den in den letzten fünf Jahren neugegründeten Gesamtschulen
435 den Ganzttag und den Gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen
436 schnellstmöglich genehmigen.
437
438 Längeres gemeinsames Lernen in Gemeinschaftsschulen wollen wir schulgesetzlich verankern.
439 Eine Gemeinschaftsschule wird in der Regel dort gegründet, wo bestehende Schulen in ihr zu-
440 sammengeführt werden. Alle Schulformen sind hierzu ausdrücklich eingeladen.
441
442 Die Gemeinschaftsschule ist eine Ganzttagsschule, die gymnasiale Standards mit einschließt. In
443 den Klassen 5 und 6 findet für alle Schülerinnen und Schüler gemeinsamer Unterricht statt.
444 Schule, Schulträger und Eltern entscheiden darüber, wie es ab Klasse 7 oder später weitergeht:
445 Entweder werden integrierte Lernkonzepte weitergeführt oder es wird nach Bildungsgängen dif-
446 ferenziert. Am Ende der Klasse 10 können alle Schulabschlüsse der Sekundarstufe I erreicht
447 werden. Jede Gemeinschaftsschule ist mit einer SEK II verbunden. Das kann eine gymnasiale
448 Oberstufe am Standort sein, ein Oberstufenzentrum oder eine Kooperation mit Gesamtschule,
449 Gymnasium oder Berufskolleg.
450
451 Wir werden die Gemeinschaftsschulen dabei unterstützen, dass das Zusammenwachsen der
452 unterschiedlichen Schulen und das gemeinsame Lernen gelingt.
453
454 Die staatliche Verantwortung und Steuerung für das Schulwesen liegt beim Land. In diesem
455 Rahmen entscheiden die Kommunen über das Schulangebot. Sie werden bei ihrer Schulent-
456 wicklungsplanung aktiv beraten und vom Land unterstützt. Die Kommunen entscheiden unter
457 Mitwirkung der Schulen, welche Schulen in die Gemeinschaftsschule integriert werden. Die regi-
458 onale Schulentwicklungsplanung erfordert die Abstimmung der Schulträger untereinander sowie
459 mit dem Land.
460
461 Es ist unser Ziel, in den nächsten fünf Jahren mindestens 30 Prozent der allgemeinbildenden
462 Schulen in der Sekundarstufe I zu Gemeinschaftsschulen umzuwandeln. Wir gehen davon aus,
463 dass neue Schulen zukünftig in der Regel als Gemeinschaftsschulen gegründet werden.
464
465 Dieser Prozess wird wissenschaftlich begleitet. Das Schulministerium richtet einen Beirat ein,
466 der diese Entwicklung flankiert und Politik sowie gesellschaftliche Kräfte beteiligt. Hierzu laden
467 wir alle Fraktionen herzlich ein.
468
469 **Wir stärken Schulen, Kommunen und Regionen**
470
471 Schulen sollen selbst und verantwortlich über ihre Arbeit entscheiden können. Deshalb halten
472 wir an der selbstständigen Schule fest, die in ein System von Beratung und Service eingebettet
473 wird. Das Land bleibt verantwortlich dafür, Bildungsstandards vorzugeben und zu überprüfen.
474 Die Qualitätsanalyse werden wir deshalb als Instrument externer Evaluation und der Schulent-
475 wicklung weiterentwickeln. Um die schulinterne Evaluation zu stärken, wollen wir die Einrichtung
476 schulischer Qualitätsteams unterstützen. Die Schulleitungen werden wir in ihrer Führungsrolle
477 stärken. Zum neuen Steuerungsverständnis gehört ein landesweiter qualitativer Bildungsbericht,
478 der alle zwei Jahre erstellt wird und alle Bildungsbereiche umfasst.
479
480 Die Kommunen im Land verstehen sich immer mehr als bildungspolitische Akteure. Wir wollen
481 ihnen deshalb einen größeren Gestaltungsspielraum für ihr bildungspolitisches Angebot geben.
482 So sollen die Kommunen z.B. die Möglichkeit erhalten, selber zu entscheiden, ob sie Grund-
483 schulbezirke als Steuerungsinstrument der kommunalen Schulentwicklungsplanung wieder ein-
484 führen.

485
486 Gemeinsam mit den Kreisen und den kreisfreien Städten wollen wir prüfen, wie wir die Kommu-
487 nen stärker bei der Einrichtung regionaler Bildungsbüros und Bildungskonferenzen unterstützen
488 können.

489
490 Ein neues System von Beratung und Steuerung erfordert ein verändertes Aufgabenverständnis
491 der Schulaufsicht und muss klarer als bisher strukturiert sein. Die Schulaufsicht muss an den
492 neuen Erfordernissen ausgerichtet werden.

493
494 Schulen in privater Trägerschaft sind Bestandteil des öffentlich verantworteten Schulwesens. Sie
495 können Impulsgeber für Schulentwicklung sein und müssen ihren Beitrag zu Chancengleichheit,
496 sozialer Gerechtigkeit und Inklusion leisten.

497 498 **Wir wollen die Schulzeitverkürzung entschärfen**

499
500 Die gymnasiale Schulzeit wurde trotz erheblicher Bedenken von Wissenschaftlerinnen und Wis-
501 senschaftlern sowie Verbänden in der Sekundarstufe I statt wie ursprünglich geplant in der O-
502 berstufe verkürzt. Das führte zu einer enormen Unterrichtsverdichtung und einem unzumutbaren
503 Arbeitspensum für die jüngeren Schülerinnen und Schüler. Darüber hinaus sind bisher keine
504 Unterstützungsmaßnahmen für den doppelten Abiturjahrgang im Jahr 2013 getroffen worden.
505 Um die Situation zu entschärfen, wollen wir Maßnahmen ergreifen. Wir wollen die Lehrpläne
506 weiter entschlacken und mehr Ganztage ermöglichen, um Druck herauszunehmen. Wir ermögli-
507 chen den Gymnasien in Absprache mit den Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und
508 Lehrern sowie den Schulträgern, sich bis zum Beginn des Anmeldetermins für das Schuljahr
509 2011/2012 zu entscheiden, ob sie das Abitur zukünftig nach 12 oder nach 13 Jahren anbieten
510 wollen. Außerdem werden wir prüfen, wie die Anforderungen, die aus dem doppelten Abiturjahr-
511 gang 2013 resultieren, zu bewältigen sind. Dazu wird es ein abgestimmtes Vorgehen der betei-
512 ligten Ministerien und einen engen Dialog mit den gesellschaftlichen Akteuren geben.

513 514 **Wir richten die Lehrerausbildung auf die Zukunft aus**

515
516 Zu einer zukunftsorientierten Schulstruktur gehört eine moderne Lehrerbildung, die sich nicht an
517 Schulformen, sondern an Lernphasen ausrichtet, in der alle Lehrkräfte gleich lang und gleich gut
518 ausgebildet sind und auch Kompetenzen in interkulturellem Lernen und Geschlechtergerechtig-
519 keit erwerben. Deshalb wollen wir das in seiner Grundtendenz richtige Lehrerausbildungsgesetz
520 von 2009 zügig und gezielt überarbeiten. Die Lehramtsausbildung muss auf die Anforderungen
521 der Schule der Zukunft vorbereiten. Deshalb müssen die Schulformbarrieren auch hier über-
522 wunden werden. Wir brauchen Lehrerinnen und Lehrer auf hohem fachlichen und fachdidakti-
523 schen Niveau für alle Schülerinnen und Schüler. Die Praktika des lehramtsbezogenen Bachelor-
524 studiums werden im Interesse der Schulen fachlich konzentriert. Jeder Absolvent und jede Ab-
525 solventin eines lehramtsrelevanten Bachelors soll sein Lehramtsstudium mit einem Lehramtmas-
526 terstudienplatz fortführen können. Der Vorbereitungsdienst umfasst 18 Monate.

527 528 **Wir regeln Arbeitszeit und Bezahlung der Lehrkräfte neu**

529
530 Für den Schulbereich werden wir eine Kommission einsetzen, die ihre Vorschläge auch in den
531 Prozess zur Reform des Dienst- und Besoldungsrechts der Landesbeamten einspeist. Diese
532 Kommission soll u. a. auch Wege aufzeigen, wie wir die Benachteiligung der angestellten Lehre-
533 rinnen und Lehrer in der Bezahlung abbauen können. Außerdem soll sie ein gerechteres Leh-
534 rerarbeitszeitmodell entwickeln. Die zusätzlichen Aufgaben besonders für die Schulleitungen
535 erfordern eine angemessene Leitungszeit. Im ersten Schritt wollen wir die Schulleitungen an
536 Grundschulen spürbar entlasten. Die Altersteilzeitregelung wollen wir über das Jahr 2012 hinaus
537 beibehalten.

538 **Wir verbessern die Berufliche Bildung**

539
540 Wir wollen den Übergang Schule / Beruf verbessern und die Warteschleifenpolitik ablösen, in-
541 dem wir systematisch fördern. Hierzu werden die laufenden Programme überprüft und die
542 Schnittstelle von Schul- und Arbeitsministerium optimiert. Gerade den Berufswahlprozess zu
543 unterstützen und zu fördern, leistet einen Beitrag zur Integration, da insbesondere für Kinder und
544 Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte der Zugang zu beruflicher Bildung erschwert ist. Dem
545 Fachkräftemangel wollen wir auch begegnen, indem wir verstärkt mit der Wirtschaft kooperieren.
546 Wir begrüßen es, wenn sich die Wirtschaft auch für Jugendliche verantwortlich sieht, die den
547 direkten Weg in die Ausbildung noch nicht finden konnten.

548
549 Ein zentraler Bereich des nordrhein-westfälischen Bildungssystems sind die Berufskollegs. Wir
550 wollen die Berufskollegs unterstützen, indem wir bürokratische Aufgaben abbauen, das Anmel-
551 demanagement verbessern und das Instrument der Qualitätsanalyse anpassen.

552
553 Darüber hinaus wollen wir klären,

- 554
- 555 • wie wir den Hochschulzugang über die berufliche Bildung stärken können,
- 556
- 557 • wie wir den Europäischen bzw. Deutschen Qualifikationsrahmen mitgestalten können,
- 558
- 559 • wie wir die Rolle der Berufskollegs im Prozess des lebensbegleitenden Lernens nutzen und
560 gestalten können,
- 561
- 562 • wie wir auf die Herausforderung des weiteren Zusammenwachsens Europas reagieren müs-
563 sen.
- 564

565 **Wir fördern Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte**

566
567 Der Bildung kommt für die Integration eine zentrale Rolle zu. Alle in der Schule Tätigen brau-
568 chen interkulturelle Kompetenzen. Darauf werden wir in der Aus- und Fortbildung des Personals
569 verstärkt achten. Die erfolgreiche Arbeit der Regionalen Arbeitsstellen für Kinder mit Zuwande-
570 rungsgeschichte (RAA) wollen wir bedarfsgerecht für ganz NRW sichern. Sprache und Mehr-
571 sprachigkeit zu fördern, gewinnt in einem Bildungssystem, in dem der Anteil der Kinder aus
572 Migrantenfamilien stetig wächst, immer weiter an Bedeutung. Dem wollen wir gerecht werden.

573
574 Das Netzwerk der Lehrerinnen und Lehrer mit Zuwanderungsgeschichte wollen wir unterstützen.
575 Wir haben das Ziel, in NRW einen islamischen Religionsunterricht unter staatlicher Aufsicht ein-
576 zurichten. Er wird von in Deutschland ausgebildeten Fachkräften entsprechend den Bildungs-
577 standards in deutscher Sprache erteilt. So lange dieser Unterricht noch nicht umgesetzt werden
578 kann, wollen wir den islamkundlichen Unterricht ausbauen.

579
580 Für die Kinder, die nicht am konfessionellen Unterricht oder am islamkundlichen Unterricht teil-
581 nehmen, gibt es Praktische Philosophie/Ethikunterricht als ein ergänzendes Pflichtangebot. Wir
582 werden prüfen, Praktische Philosophie/Ethikunterricht auch an Grundschulen einzurichten.

584 **Gute Hochschulen - Alle Bildungspotenziale erschließen**

585
586 Bildung ist ein öffentliches Gut und Menschenrecht, das nicht zu einer Ware werden darf. Es ist
587 nicht hinnehmbar, dass immer mehr junge Menschen aus Angst vor Verschuldung auf ein Studi-
588 um verzichten. Das gemeinsame Ziel der Bildungspolitik von SPD und Grünen ist der Abbau von
589 Hürden, die den Zugang zu guter Bildung erschweren. Es gilt, möglichst alle Bildungspotenziale
590 zu erschließen - sowohl aus Gründen der Chancengerechtigkeit als auch als Maßnahme gegen
591 den drohenden Fachkräftemangel.

592

593 **Hürden abbauen - Studiengebühren abschaffen**

594
595 Wir wollen noch in diesem Jahr das Gesetz zur Abschaffung der Studiengebühren verabschie-
596 den. In diesem Gesetz werden wir sicherstellen, dass den Hochschulen zum Ausgleich Mittel in
597 gleichem Umfang zur Verfügung gestellt werden. Dabei werden wir absichern, dass dies keine
598 Auswirkungen auf die Aufnahmekapazität hat. Denn uns ist wichtig, dass diese zusätzlichen
599 Mittel vollständig für Maßnahmen zur Verbesserung der Studienbedingungen und der Qualität
600 der Lehre unter Beteiligung der gewählten Studierendenschaften eingesetzt werden. Die Vertei-
601 lung der Mittel wird nach dem Prinzip "Geld folgt Studierenden" erfolgen.

602
603 Um mehr junge Menschen für ein Studium zu gewinnen, werden wir außerdem

- 604
- 605 • im Bund darauf hinwirken, dass das BAföG weiterentwickelt und auf deutlich mehr Bezugs-
606 berechnete ausgeweitet wird,
- 607
- 608 • eine andere Stipendienkultur aufbauen. Stipendien sollen in erster Linie die Erhöhung der
609 Bildungsbeteiligung zum Ziel haben und daher nach sozialen und Leistungskriterien verge-
610 ben werden. Wir wollen hierzu neben dem staatlichen auch weiterhin Anreize für privates
611 und wirtschaftliches Engagement wecken,
- 612
- 613 • für eine weitere Öffnung und Erleichterung des Hochschulzugangs eintreten. Das betrifft den
614 Hochschulzugang ohne Abitur und die Öffnung der Hochschulen für Berufspraktiker ebenso
615 wie die Förderung des Zugangs von Studierenden aus hochschulfernen Bevölkerungs-
616 schichten. In diesem Zusammenhang wollen wir insbesondere die Fachhochschulen im All-
617 gemeinen und die FernUniversität Hagen in ihrer Bedeutung für berufs- und lebensbeglei-
618 tendes Lernen unterstützen,
- 619
- 620 • das 2007 beschlossene Auslaufen der Studienkollegs stoppen und uns für deren Wiederein-
621 führung an den Hochschulen in reformierter Form einsetzen.

622 623 **Verantwortung für unsere Hochschulen übernehmen - Bologna-Prozess korrigieren**

624
625 Wir wollen, dass Landtag und Landesregierung wieder mehr Verantwortung in der Hochschul-
626 und Forschungspolitik übernehmen und die Hochschulen bei der Wahrnehmung ihres gesell-
627 schaftlichen Auftrags unterstützen. Die Hochschulen brauchen Planungssicherheit, die wir ihnen
628 durch Fortsetzung des Zukunfts- bzw. Qualitätspakts und des Hochschulmodernisierungspro-
629 gramms geben wollen.

630
631 Wir werden die Hochschulen insbesondere bei der weiteren Umsetzung des Bologna-Prozesses
632 enger als bisher begleiten und unterstützen, damit die Reformen überall in NRW an den Anfor-
633 derungen des Studiums und der Studierenden orientiert werden. Gemeinsam mit den Hochschu-
634 len wollen wir zu Vereinbarungen über eine Reduzierung der Stofffülle, der Prüfungsdichte, der
635 Anwesenheitspflichten und der Arbeitsbelastung kommen. Durch neue Zeitfenster und mehr
636 Flexibilität bei der Dauer von Bachelorstudiengängen wollen wir Studierenden ermöglichen, Aus-
637 landssemester, Praktika und gesellschaftliches Engagement in ihr Studium zu integrieren.
638 Daneben sollen die Hochschulen die Möglichkeiten zum Teilzeitstudium spürbar ausbauen.

639
640 Um den erforderlichen und gewünschten Wandel der Lehr- und Lernkultur zu unterstützen, wer-
641 den wir den notwendigen Diskurs über die Reformen von Lehre und Studium gemeinsam mit
642 den Hochschulen führen und diese bei der Bildung verbindlicher Strukturen für dieses Anliegen
643 unterstützen. In diesem Zusammenhang unterstützen wir auch die Bemühungen der Hochschul-
644 rektorenkonferenz für eine neu zu schaffende Akademie für Lehre und Lernen und setzen uns
645 für die Ansiedlung dieser Einrichtung in NRW ein. Bei der Fortschreibung der Exzellenzinitiative
646 streben wir die stärkere Berücksichtigung einer exzellenten Lehre als Qualitätskriterium an.

647

648 Wir wollen das Akkreditierungswesen in Hinblick auf Transparenz, Verwaltungsaufwand und
649 Kosten optimieren.

650

651 **Hochschulgesetz novellieren**

652

653 Unser Ziel ist eine Hochschulgesetznovelle, mit der die gesellschaftliche Verantwortung und
654 demokratische Mitbestimmung sowohl im Verhältnis zwischen Land und Hochschulen als auch
655 innerhalb der Hochschulen selbst gestärkt werden. Dies gilt insbesondere für die zukünftige Rol-
656 le der Hochschulräte und das Verhältnis der Gruppen im Rahmen der Selbstverwaltung. Wir
657 wollen gemeinsam mit den Hochschulen übergeordnete Ziele und Maßnahmen zur Stärkung
658 des Hochschullandes NRW und Sicherung eines breiten Fächerangebots definieren und die
659 Umsetzung über Zielvereinbarungen und die Leistungsorientierte Mittelvergabe (LOM) fest ver-
660 einbaren und regelmäßig evaluieren. Diese Prozesse wollen wir gemeinsam mit Hochschullei-
661 tungen, Lehrenden, Studierenden und Beschäftigten an den Hochschulen gestalten:

662

663 • Damit Studierende in NRW unter guten Bedingungen und gleichberechtigt studieren können.

664

665 • Damit ausreichend Studienplätze zur Verfügung stehen, insbesondere in Fächern, in denen
666 auch aus Landessicht Mangel besteht, beispielsweise im Lehramt oder im Gesundheitswe-
667 sen. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für die Fächervielfalt und den Erhalt der so
668 genannten kleinen Fächer ein.

669

670 • Damit die Bologna-Reform beispielsweise in Bezug auf freiere Wahlmöglichkeiten, weniger
671 Anwesenheitspflichten, Abstimmung der Studieninhalte und Abschlüsse, Definition von
672 Standards und Kontrolle der Einhaltung besser umgesetzt wird.

673

674 • Damit der Frauenanteil konsequent erhöht wird, streben wir u.a. über das Instrument der
675 leistungsorientierten Mittelvergabe eine Frauenquote an. Als Zielvorgabe dient der Frauen-
676 anteil in der jeweils darunter liegenden Qualifikationsstufe.

677

678 • Damit die Vereinbarkeit von Familienarbeit und Hochschultätigkeit für Studierende, Lehrende
679 und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbessert wird.

680

681 • Damit sich die Studienbedingungen und die Lehre verbessern und mehr Studierende ihr
682 Studium erfolgreich abschließen.

683

684 • Damit die Arbeits- und Studienbedingungen an den Hochschulen den Bedürfnissen von Be-
685 hinderten besser angepasst werden.

686

687 • Damit der Stellenwert der Lehrerausbildung und der Hochschuldidaktik gestärkt wird.

688

689 **Studienplätze schaffen - Hochschulzugang ermöglichen**

690

691 Der doppelte Abiturjahrgang 2013 stellt auch die Hochschulen vor besondere Herausforderun-
692 gen, da bisher noch nicht sichergestellt ist, dass für die wachsende Zahl an Schulabgängerinnen
693 und Schulabgängern in den nächsten Jahren genügend Studien- und Ausbildungsplätze zur
694 Verfügung stehen, sowohl für das Bachelor- als auch das Masterstudium. Dafür müssen auch
695 Bundesmittel zielgenauer als bisher in den Studienplatzausbau fließen. Wir werden deshalb den
696 Hochschulpakt II zügig auf der Grundlage der Vereinbarung mit den Fachhochschulen und Uni-
697 versitäten umsetzen. Damit sollen in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2015 rund 85.000 zu-
698 sätzliche Studienanfängerplätze oberhalb der bestehenden Aufnahmekapazität geschaffen wer-
699 den. Die dafür vorgesehenen Mittel von 1,8 Milliarden Euro, die hälftig von Bund und Land fi-
700 nanziert werden, werden vollständig an die NRW-Hochschulen weitergegeben. Dabei stellen wir
701 eine kontinuierliche Überprüfung der Zielerreichung sicher.

702

703 Um der sich abzeichnenden Ärzteunterversorgung im ländlichen Raum entgegen zu wirken,
704 treten wir im Rahmen des Ausbaus der Studienplatzkapazitäten für den doppelten Abiturjahr-
705 gang mit Unterstützung des Bundes für eine Anhebung der Medizinstudienplätze um 10 Prozent
706 ein. Es wird geprüft, ob eine medizinische Fakultät an der Universität Bielefeld eingerichtet wer-
707 den kann.

708
709 Das Hochschulmodernisierungsprogramm (HMOP) wird gemeinsam mit dem Bau- und Liegen-
710 schaftsbetrieb des Landes auf der Grundlage der Vereinbarungen mit den Hochschulen umge-
711 setzt.

712
713 Alle die, die Zugangsvoraussetzungen für ein Studium haben, sollen auch studieren können. Der
714 Zugang zum Master muss konsequent erweitert werden.

715
716 In dem Zusammenhang wollen wir die bislang allein vom Land Nordrhein-Westfalen getragene
717 Finanzierung der FernUniversität Hagen auf eine gemeinsame Finanzierung durch das Land
718 NRW, den Bund und weitere interessierte Bundesländer umstellen. Der Zugang in der Fläche
719 muss über die Regionalzentren gesichert sein.

720
721 Zur Schaffung guter Rahmenbedingungen sollen wir auch die Studentenwerke stärken, weil sie
722 die erforderliche Infrastruktur für preiswertes Wohnen und Leben von Studierenden bereitstellen
723 und damit den Hochschulzugang und ein erfolgreiches Studium unterstützen.

724
725 Darüber hinaus werden wir uns auch für eine bundesweite Einigung über ein verbessertes
726 transparentes, bundeseinheitliches Zulassungsverfahren zum Hochschulstudium einsetzen.

727

728 **Gute Arbeit an Hochschulen**

729
730 Voraussetzung für eine exzellente Forschung und Lehre ist gutes und engagiertes Personal an
731 den Hochschulen, insbesondere bei der Bewältigung des erhöhten Betreuungsaufwands in den
732 Bachelor-Studiengängen. Deshalb wollen wir die Zahl zunehmender prekärer Beschäftigungs-
733 verhältnisse beim wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Personal an den Hochschu-
734 len einschränken und den wissenschaftlichen Nachwuchs über Juniorprofessuren und die Stär-
735 kung des Mittelbaus fördern. Befristungen ohne konkretes Qualifikationsziel sollen nur in be-
736 gründeten Einzelfällen möglich sein. Die wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Mitar-
737 beiterinnen und Mitarbeiter sowie das studentische Personal an den nordrhein-westfälischen
738 Hochschulen und Universitätskliniken sollen zu gleichen Bedingungen und in Anlehnung an den
739 Landesdienst beschäftigt und vergütet werden. Die Bestimmungen des Landespersonalvertre-
740 tungsgesetzes sollen Anwendung auf Hochschulen und Universitätskliniken finden.

741 742 **Exzellente Forschung und nachhaltige Innovationen - Lokale und regionale Strukturen** 743 **unterstützen**

744
745 Nordrhein-Westfalen soll seine Spitzenstellung als nationaler und internationaler Forschungs-
746 standort weiter ausbauen. Deshalb werden wir die Exzellenzinitiative insbesondere mit den Pro-
747 grammlinien Exzellenzcluster und Graduiertenschulen sowie die Umsetzung des Pakts für For-
748 schung garantieren.

749
750 Forschung und ihre Umsetzung in Technologie, Produkte und Dienstleistungen sind künftig der
751 entscheidende Wettbewerbsvorteil zur Sicherung unseres wirtschaftlichen und gesellschaftli-
752 chen Wohlstands. NRW wird daher eine umfassende Offensive zum Wissens- und Technologietransfer
753 für eine effiziente und zielgerichtete Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft ein-
754 leiten. Damit wollen wir die Investitionen der Wirtschaft in Forschung und Entwicklung in NRW
755 steigern.

756
757 Für zentrale Herausforderungen wie Klimawandel, Globalisierung, gesellschaftliche Heterogeni-
758 tät und demografische Entwicklung braucht unser Land starke Forschung und Lösungskompe-

759 tenz sowohl im technisch-naturwissenschaftlichen wie auch im geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich. Das Land wird sich auch in Zukunft aktiv an der Einwerbung sowie Auf- und Ausbau von Einrichtungen überregionaler Forschungsgesellschaften wie Fraunhofer, Max-Planck oder Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz beteiligen. Darüber hinaus werden wir eigene Akzente im Bereich der Grundlagen- und angewandten Forschung durch die Stärkung nachhaltiger Innovationen und der Leitwissenschaften setzen, insbesondere in den Bereichen Energie- und Ressourceneffizienz, Geo-Ressourcen, Klima- und Nachhaltigkeitsforschung, Erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung, Elektromobilität, Bildungsforschung, Gesundheitsforschung, Biodiversität und Ökologie, Friedens- und Konfliktforschung, Materialforschung und Produktionstechnik, Medien- und (Green)IT-Forschung.

769
770 Wichtige Grundsätze für die Vergabe von Forschungsmitteln sind für uns dabei die Entwicklung regionaler Forschungsschwerpunkte, um die Qualität der Forschung zu steigern und Exzellenz zu bündeln, die Berücksichtigung von Gender Aspekten sowie der konsequenten Technikfolgenabschätzung. Im Bereich der Bio- und Gentechnologie setzen wir uns für die systematische Weiterentwicklung der verantwortbaren Innovationspotentiale ein. So werden wir die Forschung an adulten Stammzellen und der Reprogrammierung von Zellen unterstützen; das therapeutische Klonen lehnen wir ab.

777

778 **Die lernende Gesellschaft: Weiterbildung in NRW**

779
780 Nordrhein-Westfalen ist und bleibt das Land der Weiterbildung. Dazu hat das bundesweit beachtete Weiterbildungsgesetz, zu dem wir uns bekennen, einen wichtigen Beitrag geleistet. Aus der Evaluation des Gesetzes durch das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung werden wir Weiterentwicklungen ableiten. Darüber hinaus sehen wir insbesondere Optimierungsbedarf in folgenden Bereichen:

- 785
- 786 • Träger werden erweiterte Möglichkeiten erhalten, ihre Arbeit stärker für bildungsfernere Zielgruppen anzubieten. Wir wollen das handlungsleitende Motiv der zweiten Chance noch stärker verankern. Dabei setzen wir auch auf die Weiterbildungskollegs und deren Weiterentwicklung.
- 787
- 788
- 789
- 790
- 791 • Das bewährte Instrument der Weiterbildungskonferenzen wollen wir fortentwickeln.
- 792
- 793 • Angebote des lebensbegleitenden Lernens, insbesondere für die Zielgruppe Senioren, wollen wir ausbauen.
- 794

795
796 Die Landesregierung wird in enger Abstimmung mit dem Landtag und unter Einbeziehung der Träger eine entsprechende Überarbeitung des Weiterbildungsgesetzes vorbereiten. Wir werden die Weiterbildung durch eine verbindliche Ressortabstimmung stärken. Des Weiteren werden wir dafür Sorge tragen, dass Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds grundsätzlich als additive Mittel verstanden werden. Bei den Landesmitteln für Weiterbildung werden die seit 2005 erfolgten Mittelkürzungen zurück genommen. Die dann geltende Summe wird verlässlich und verbindlich fortgeschrieben.

803
804 Wir werden gemeinsam mit den Trägern prüfen, wie eine flächendeckende Weiterbildungsberatung geschaffen werden kann.

806
807 Die Volkshochschulen sind eine zentrale Säule in der Weiterbildungslandschaft. Daher bekennen wir uns zur kommunalen Pflichtaufgabe Volkshochschule. Eine weitere Säule ist die vielfältige Landschaft der Weiterbildungsträger in öffentlicher Verantwortung, die in ihrer Pluralität unterschiedlichsten Anforderungen gerecht werden. Die Volkshochschulen als kommunale Weiterbildungszentren und die Einrichtungen in anderer Trägerschaft leisten einen wertvollen Beitrag zur kommunalen Bildungslandschaft, der für lebenslanges und ganzheitliches Lernen unverzichtbar ist.

814
815 Die Bedeutung der politischen Bildung steigt ständig. Neben vielen anderen Maßnahmen zur
816 Schaffung neuer Partizipationsmöglichkeiten werden wir die Landeszentrale für politische Bil-
817 dung stärken.